



**HALT DEN MUND, WENN DU NICHT
GETÖTET WERDEN WILLST!**

**MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN DURCH
DIE POLIZEI IN DER DOMINIKANISCHEN REPUBLIK**

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
Länder, Themen und Asyl . Postfach 58 01 62 . 10411 Berlin
HAUSANSCHRIFT Greifswalder Straße 4 . 10405 Berlin
T: +49 30 420248-400 . F: +49 30 420248-444 . E: asyl@amnesty.de . W:
www.amnesty.de

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Impressum:

Dieser Bericht erschien im Original auf Englisch unter dem Titel:

„Shut up if you don't want to be killed!“ Human Rights Violations by Police in the Dominican Republic

unter dem Index: AMR 27/002/2001 bei Amnesty International in London

Amnesty International Ltd

Peter Benenson House

1 Easton Street

London WC 1X 0DW

Vereinigtes Königreich

© Amnesty International 2011

Die vorliegende Version ist eine inoffizielle Zusammenfassung des Berichts der Ländergruppe Dominikanische Republik der deutschen Sektion von Amnesty International.

Amnesty International

Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Ländergruppe Dominikanische Republik

Gruppe 2125

c/o Amnesty International

Postfach

53108 Bonn

Email: info@amnesty-dominikanischerepublik.de

Web: www.amnesty-dominikanischerepublik.de

Titelbild: Polizeibeamte auf Patrouille während einer Demonstration in den Vierteln Capotillo und Cristo Rey in Santo Domingo, Juli 2003. © EFE / Orlando Barría



MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN DURCH DIE POLIZEI IN DER DOMINIKANISCHEN REPUBLIK

In der Dominikanischen Republik kommt es zu zahlreichen Menschenrechtsverletzungen durch Beamtinnen und Beamte der Polizei. Die Opfer und ihre Familien sehen sich zahlreichen Hindernissen ausgesetzt, denn Straflosigkeit ist vorherrschend und die Kontrollmechanismen haben ein Überhandnehmen von Menschenrechtsverletzungen durch die Polizei gar begünstigt. Im folgender Zusammenfassung des Berichts ‚Halt den Mund, wenn du nicht getötet werden willst! – Menschenrechtsverletzungen durch die Polizei in der Dominikanischen Republik‘ werden die Menschenrechtsverletzungen durch die dominikanische Nationalpolizei beschrieben, die sich von rechtswidriger Tötung über Folter und Misshandlung bis hin zu willkürlichen Verhaftungen erstrecken. Der dominikanische Staat hat das Problem weder anerkennt, noch effektive Reformen der Polizei in die Wege geleitet. Amnesty International fordert die dominikanischen Behörden deshalb auf, ihrer Verpflichtung zum Schutz der Menschenrechte nachzukommen und den Menschenrechtsverletzungen durch Polizeibeamtinnen und –beamte endlich ein Ende zu setzen.

JUNIOR TONTON SANTIAGO

Junior Tonton Santiago (genannt Salivita) wurde in einem Motel in Cristo Rey, Santo Domingo, am 28. September 2010 angeschossen. Er starb einige Stunden später. Die Polizei behauptete, dass er im Zusammenhang mit dem Mord an einem Arzt am 3. August 2010 gesucht wurde. Sie sagte auch, dass sie zwei andere Mitglieder einer kriminellen Gang verhaftet hat, die für „einige Verbrechen“ verantwortlich sei, und Feuerwaffen von ihnen konfisziert habe.

Ein Freund von Junior Tonton Santiago, der mit ihm in dem Motelzimmer war und zum Zeugen des Mordes wurde, erzählte Amnesty International, was er gesehen hatte: „Etwa um 9 Uhr drangen vier Polizeibeamte in das Zimmer ein. Sobald Junior sie sah, schrie er: ‚Bringt mich nicht um‘, aber der verantwortliche Beamte antwortete ‚Halt die Klapp! Halt die Klapp!‘ und schoss auf ihn. Er schoss drei Mal auf ihn. Ein anderer Beamter schoss auch auf ihn. Sie steckten ihm eine Feuerwaffe in die Hand und nahmen sie dann wieder an sich als Beweis, dass er auf sie geschossen hatte. Als Junior auf die Treppe geschleift wurde, flehte er die Polizeibeamten an: ‚Lasst mich nicht sterben‘, aber einer von ihnen beschimpfte ihn nur ... Sie luden ihn in das Auto, mit dem sie gekommen waren, und setzten mich in einen Pick-Up. Wir wurden beide ins Krankenhaus gebracht. Dort sah ich, dass Tonton noch lebendig im Krankenhaus angekommen war. Ich hörte einen der Beamten sagen: ‚Er lebt noch‘ und der Captain befahl ihm, seine Finger in Juniors Wunde zu stecken, um die Kugel weiter rein zu drücken und ihn leiden zu lassen ... Vom Krankenhaus aus fuhr mich die Polizei in einem Auto durch Cristo Rey, weil sie wollten, dass ich ihnen zeige, wo wir illegale Waffen versteckt hätten, und dass ich ihnen sagte, warum Tonton den Arzt umgebracht hätte [...]. Im Auto hörte ich den Captain am Telefon sagen ‚Ich habe Salivita umgebracht‘, so dass ich wusste, dass er gestorben war.“

Junior Tonton Santiagos Familie erzählte der Nationalen Kommission für Menschenrechte von der Schießerei, einer lokalen NGO, die den Fall vor die Presse brachte und eine Untersuchung forderte. Als dieser Bericht abgeschlossen wurde, hatte der Generalstaatsanwalt des Distrikts noch nicht auf Amnestys Forderung nach Information zu der Untersuchung geantwortet. Es gibt jedoch Hinweise, dass es keine bedeutenden Fortschritte gibt.



RECHTSWIDRIGE TÖTUNGEN

Hunderte von Menschen werden jedes Jahr von Mitgliedern der dominikanischen Nationalpolizei erschossen und getötet. Polizeibeamtinnen und -beamte sind der Statistik des Büros des Generalstaatsanwalts zufolge für ca. 15% aller Tötungsdelikte in der Dominikanischen Republik verantwortlich. Dieser Anteil ist alarmierend und gibt Grund zu der Besorgnis, dass die Polizei oftmals unverhältnismäßig hohe Gewalt anwendet – mit tödlichen Folgen.

Die große Mehrheit dieser Tötungen durch Schusswaffen wird von der Polizei als ‚Schusswechsel‘ mit Verdächtigen tituliert. Die Polizei behauptet, dass die hohe Zahl solcher Tötungen die direkte Folge eines Anstiegs an präventiver Polizeiarbeit sei. In vielen Fällen haben sich die Tötungen durch die Polizei jedoch als nicht gesetzmäßig erwiesen.

In manchen Fällen sind Gerichte zu dem Ergebnis gekommen, dass Polizeibeamtinnen und -beamte mit Tötungsabsicht schießen. Es gibt Beweise die nahelegen, dass es sich bei einigen Tötungen durch die Polizei um extralegale Hinrichtungen handelte, die darauf abzielen, Wiederholungstäter auszuschalten und ein klares Zeichen an andere Kriminelle zu senden, oder um Vergeltungsmaßnahmen korrupter Beamter gegen ihre ehemaligen kriminellen Verbündeten.

Eine beträchtliche Anzahl von Vorwürfen extralegaler Hinrichtungen wurde im Zusammenhang mit Demonstrationen festgestellt. In einigen Fällen verletzen oder töten Schüsse der Polizei umstehende Personen oder Menschen, die in der Nähe wohnen. In einigen Fällen gibt es Beweise, die vermuten lassen, dass Tötungen durch die Polizei genutzt wurden, um Zeugen gesetzeswidriger Tötungen auszuschalten.

Nur ein Bruchteil der Fälle erreicht überhaupt ein Gericht. Wenn es Hinweise darauf gibt, dass die Tötung absichtlich geschehen ist, werden die Polizeibeamtinnen und -beamten häufig aufgrund fehlerhafter, ineffektiver oder korrupter Untersuchungen nicht zur Verantwortung gezogen. In der Folge wird den Familien der Opfer Gerechtigkeit verweigert und das tiefe Misstrauen der Bevölkerung gegenüber der Polizei verfestigt sich zunehmend.

FOLTER, VERSCHWINDENLASSEN UND ANDERE FORMEN DER MISSHANDLUNG

Die Straflosigkeit der Verantwortlichen erstreckt sich auch auf andere Menschenrechtsverletzungen, die von der Polizei begangen werden. Folter und Misshandlung von Verdächtigen durch Polizeibeamtinnen und -beamte während der Verhöre herrschen weiterhin vor.

Folter und andere Formen der Misshandlung werden von vielen Polizeibeamtinnen und -beamten noch immer angewendet, wenn sie Verdächtige verhören. Methoden, von denen berichtet wurde, beinhalten: Verdächtige an ihren Handschellen aufhängen, den Verdächtigen Plastiktüten über den Kopf ziehen, Schläge, Drohungen und die Verweigerung von Nahrung, Wasser, Schlaf und notwendiger Gesundheitsversorgung. In den letzten Jahren wurden mindestens zwei Personen, die zum letzten Mal in Polizeigewahrsam gesehen worden sind, Opfer von gewaltsamem Verschwinden.

WILLKÜRLICHE VERHAFTUNGEN UND KORRUPTION

Menschen werden immer noch willkürlich festgenommen, insbesondere im Kontext von Massenverhaftungen infolge von Polizeirazzien in Vierteln mit niedrigem Einkommen und hohen Kriminalitätsraten. Die meisten Massenverhaftungen werden nachts vorgenommen im Rahmen von Operationen, welche die Polizei als präventiv bezeichnet.

Von den Polizeibeamtinnen und -beamten werden diese groß angelegten Polizeioperationen häufig als Gelegenheit für Erpressung gesehen. In vielen Fällen werden die festgenommenen Personen ohne Anklage wieder freigelassen, nachdem sie dem zuständigen Polizeibeamten ein Bestechungsgeld gezahlt haben. Weit verbreitete Korruption innerhalb der Nationalpolizei und aggressive polizeiliche Methoden haben das Vertrauen der Öffentlichkeit zerstört und die Krise der



öffentlichen Sicherheit in einem Land verschärft, das sich einem massiven Anstieg von Gewaltverbrechen in den letzten Jahren gegenüber sieht.

Obwohl die Nationalpolizei offensichtlich in einem schwierigen Umfeld operiert, das von Kriminalität und Gewalt sowie der Verbreitung von Schusswaffen gekennzeichnet ist, tragen gesetzeswidriges und unprofessionelles Verhalten durch Polizeibeamtinnen und -beamte noch zu einem Anstieg von Verbrechen und Gewalt bei.

DAS PROBLEM WIRD NICHT ANERKANNT

Dennoch haben es die Polizeibehörden und auch die staatlichen Stellen versäumt, das Ausmaß der von Polizeibeamtinnen und -beamten verübten Menschenrechtsverbrechen, ebenso wie die Verantwortung des Staates selbst anzuerkennen. Es herrscht weiterhin die Sicht vor, dass diese Taten von einigen wenigen korrupten und unprofessionellen Polizeibeamtinnen und -beamten verübt werden, die zur Verantwortung gezogen werden. Es wird versichert, dass solche Missbräuche und Verbrechen zur sofortigen Entlassung der Verantwortlichen führen, die in der Folge vor Gericht gebracht würden.

Nach dominikanischem Gesetz sind Mitglieder der Polizei für gesetzeswidriges Verhalten, welches sie während ihres Diensts begehen, nur persönlich haftbar. Es fehlt die Anerkennung (per Gesetz oder Praxis), dass der Staat für Menschenrechtsverletzungen durch Polizeibeamtinnen und -beamte verantwortlich ist, die während der offiziellen Ausübung des Dienstes und der Durchsetzung ihrer Autorität, die ihnen durch ihr Amt zuteil wird, begangen werden.

SCHIEDERN DES STAATS UND DER JUSTIZ

Insbesondere durch die Abschaffung der spezieller Polizeieinheiten und der Militärgerichte wurden beträchtliche Fortschritte darin erzielt, für Menschenrechtsverletzungen verantwortliche Polizeibeamtinnen und -beamte vor Gericht zu bringen. Dennoch bleiben weitere Hindernisse bestehen. So gibt es etwa keine offiziellen Richtlinien für die Untersuchung der Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen durch Polizeibeamtinnen und -beamte. Deshalb werden die Fälle unterschiedlich gehandhabt, beispielsweise je nachdem, ob die Familie offiziell Anzeige erstattet, ob der Fall die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zieht oder ob politischer Druck ausgeübt wird.

Solange Familien keine Beschwerde vor Gericht einreichen, werden Fälle von Tötungen durch die Polizei von der Staatsanwaltschaft für gewöhnlich nicht hinterfragt, auch wenn sie eine rechtliche Verpflichtung zur Untersuchung haben. Wenn die Opfer der Polizeigewalt der Mittelschicht angehören und keine bekannte Verbindung zu kriminellen Kreisen hatten, mobilisiert sich mit größerer Wahrscheinlichkeit die Öffentlichkeit und die Staatsanwaltschaft ist eher geneigt, eine ausführliche Untersuchung durchzuführen.

Viefach fehlt es an Unabhängigkeit und Gründlichkeit, entweder weil die Staatsanwälte lediglich den Ergebnissen der polizeiinternen Untersuchung zustimmen oder weil die Politik Druck auf die Staatsanwaltschaft ausübt. Versäumnisse bei forensischen Untersuchungen mindern die Unabhängigkeit und Qualität von Untersuchungen, insbesondere in Verbindung mit Vorwürfen von Menschenrechtsverletzungen durch die Polizei. Das Versäumnis anzuerkennen, dass Beweismittel in Untersuchungen zur Gewaltanwendung durch Polizeibeamtinnen und -beamte nicht von der Polizei bearbeitet werden sollten, stellt eine große Schwachstelle dar.

Das Unvermögen des Staates, den Opfern und Zeugen von Missbräuchen durch die Polizei, die bedroht und belästigt wurden, effektiven Schutz zu gewähren, führt dazu, dass einige Opfer ihre Beschwerden zurückziehen oder sich entschließen, den Fall nicht weiter zu verfolgen. Es hat ebenfalls zur Folge, dass Zeugen ihre Aussagen zurücknehmen.

Selbst wenn Gerichtsverhandlungen Polizeibeamtinnen und -beamte für schuldig befinden und sie dazu verurteilen, den Opfern Entschädigung zu zahlen, wird den Opfern und ihren Familien die Entschädigung verweigert, wenn die Polizeibeamtin oder der Polizeibeamte nicht zahlen kann. Die Nationalpolizei als Institution sieht sich nicht in der Verantwortung, für Schadensersatzforderungen, die durch die gesetzeswidrigen Handlungen ihrer Mitglieder hervorgerufen wurden, aufzukommen und zahlt daher die Entschädigungssumme nicht.



MANGELHAFTHE ÜBERWACHUNG DER POLIZEI

Staatliche Institutionen – außer dem Präsidenten der Republik – haben nur sehr eingeschränkten Einfluss auf die Polizei und es steht nicht wirklich in ihrer Macht, Polizistinnen und Polizisten zur Verantwortung zu ziehen. Es gibt keine unabhängigen Institutionen, die damit beauftragt sind, die Polizei zu überwachen und Beschwerden über Missbräuche durch die Polizei zu untersuchen. Ein Ombudsmann wurde noch immer nicht ernannt und es wurden keine Schritte unternommen, eine unabhängige Aufsichtseinheit zu schaffen, die Beschwerden über Missbräuche und Menschenrechtsverletzungen seitens der Polizei untersucht. NGOs üben informelle Überwachungsfunktionen aus, doch ihre Arbeit ist durch mangelnde Kapazitäten oder Finanzierung beschränkt. Die Medien beobachten Fehlverhalten der Polizei und berichten darüber, aber in einigen Fällen wurden Journalisten und Medienanstalten, die Berichte über Korruption und Menschenrechtsverletzungen im Kontext der Polizeiarbeit veröffentlicht haben, belästigt oder tätlich angegriffen.

KEINE IMPLEMENTIERUNG EFFEKTIVER REFORMEN

Verschiedene Sektoren der Gesellschaft sind sich einig darin, dass die Nationalpolizei umfangreiche Reform durchlaufen muss, um sie in eine Institution zu verwandeln, die dem Gesetz, dem Staat und den Menschen verpflichtet ist, sich vor diesen verantworten muss und auf die Bedürfnisse der Gemeinschaft reagiert. Trotz offizieller Verlautbarungen der staatlichen Unterstützung für Menschenrechte und der Verpflichtung zur Reform, wurde in der Praxis die tief sitzende Weigerung zur Veränderung seitens der Polizei durch den Staat kaum herausgefordert.

Der Versuch einer radikalen Reform der Polizei 1999 scheiterte, vor allem aufgrund des Widerstands der Polizei selbst. Der letzte Reformversuch von 2005 wird weiter verfolgt, hat aber bisher keine Veränderungen bezüglich der Struktur der polizeilichen Institutionen und der Art ihrer Arbeitsweise bewirkt.

Der Kern des Scheiterns, effektive Reformen umzusetzen und sicherzustellen, dass die Dominikaner den effektiven Polizeischutz bekommen, den sie brauchen, ist mangelnder politischer Wille. Diejenigen an der Macht haben es versäumt, sich denjenigen entgegenzustellen, die ein Interesse daran haben, das bestehende System fortzuführen, in dem Korruption tief verwurzelt ist und Menschenrechtsverletzungen durch die Polizei verbreitet sind. Momentan laufende Initiativen zur Polizeireform fehlt der Verweis auf die Wahrung der Menschenrechte als übergreifendes Prinzip und sie fallen hinter den benötigten, umfassenden und effektiven Reformen zurück.

FORDERUNGEN VON AMNESTY INTERNATIONAL

Amnesty International fordert die Dominikanische Regierung dazu auf, einen Reformprozess einzuleiten, welcher die Polizei in eine effektive und vertrauensvolle Institution wandelt, die Menschenrechte respektiert und die effektiven internen und externen Kontrollprozessen unterliegt. Es gilt eine sofortige Umsetzung von Maßnahmen zu erreichen, um Tötungen durch die Polizei zu beenden sowie Folter und andere missbräuchliche Praktiken zu unterbinden. Es muss sichergestellt werden, dass Menschenrechtsverletzungen durch die Nationalpolizei unabhängig, umgehend, gründlich und unparteiisch untersucht werden. Angemessener Respekt vor den Menschenrechten durch die Polizei sollte ein zentraler Pfeiler der Reform sein. Amnesty International fordert die dominikanischen Behörden außerdem dazu auf, andere Reformen anzustreben, die dabei helfen könnten, den Spielraum für Missbrauch durch die Polizei einzuschränken, und die Kapazitäten der Polizei bei der Verbrechensprävention und -bekämpfung steigern. Der Schutz der Opfer und ihrer Familien sowie Wiedergutmachung sind zu gewährleisten.



Im Einzelnen lauten die Forderungen von Amnesty International wie folgt:

Sofortige Umsetzung von Maßnahmen, um Tötungen durch die Polizei zu beenden; Beseitigung von Folter, Misshandlungen und anderen missbräuchlichen Praktiken.

- Es sollte öffentlich eingestanden werden, dass ungesetzliche Tötungen, Folter und andere Menschenrechtsverletzungen ein ernsthaftes Problem in der Dominikanischen Republik darstellen; es sollte ein klares Zeichen für alle Polizeibeschäftigten gesetzt werden, dass ungesetzliche Tötungen und die Misshandlung von Strafverdächtigen inakzeptabel und in jeder Hinsicht strikt verboten sind; ferner sollten jegliche Anschuldigungen zu Übergriffen untersucht werden; alle Verantwortlichen für Übergriffe sollten rechtlich belangt werden.
- Es sollte sichergestellt werden, dass Beamtinnen und Beamte sich strikt an die nationalen und internationalen Standards zum Gebrauch von Gewalt und Schusswaffen halten.
- Die nationale Gesetzgebung sollte dahingehend ergänzt werden, dass sichergestellt wird, dass Zurückhaltung sowie der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz nicht nur beim Einsatz von Waffen, sondern generell bei der Anwendung von Gewalt gelten.
- Die dominikanischen Gesetze, die den Strafverfolgungsbehörden Zuständigkeit über alle strafrechtlichen Ermittlungen einräumen und der Nationalpolizei eine nachrangige Rolle zuweist, müssen beachtet werden.
- Willkürliche Massenverhaftungen müssen beendet werden.

Sicherstellung unabhängiger, umgehender, gründlicher und unparteiischer Untersuchungen aller Fälle behaupteter Menschenrechtsverletzungen durch die Nationalpolizei

- Ein internationalen Standards entsprechendes Verfahren zur Untersuchung von behaupteten Menschenrechtsverletzungen durch die Polizei sollte in Gesetzen oder Regularien festgeschrieben werden.
- Es sollte sichergestellt werden, dass das Büro des Generalstaatsanwalts alle Staatsanwälte anweist, alle Vorfälle im Zusammenhang mit Gewaltanwendung durch die Polizei zu untersuchen, ungeachtet dessen, ob eine formelle Beschwerde eingelegt oder der Fall durch die Nationalpolizei weitergeleitet wurde.
- Es sollte sichergestellt werden, dass Gerichte, die von Anschuldigungen bezüglich Folter oder Misshandlungen Kenntnis erlangen, umgehend die Staatsanwaltschaft informieren und diese in allen Fällen Untersuchungen einleitet.
- Dem Nationalen Institut für Forensische Pathologie sowie dem Nationalen Institut für Forensische Wissenschaften (INACIF) sollten angemessene Mittel, einschließlich einer adäquaten Anzahl ausgebildeter forensischer Pathologen sowie neuer Kühlgeräte, zugewiesen werden.
- Es sollte sichergestellt werden, dass INACIF gänzlich unabhängig vom Büro des Generalstaatsanwalts ist.
- Es sollte sichergestellt werden, dass INACIF und nicht die Polizei Beweise in Fällen im Zusammenhang mit Gewaltanwendung durch die Polizei aufbereitet.
- Eindeutige Verfahren zur Sicherung und Verwahrung von Beweismittel sollten geschaffen und angewandt werden.



Opfer- und Zeugenschutz

- Es sollten umgehend alle Fälle von Bedrohungen und körperlichen Übergriffen auf Opfer, die Familien von Opfern, Zeugen, Rechtsanwälte und Journalisten, die über Fälle von Menschenrechtsverletzungen durch die Polizei berichtet haben, untersucht werden.
- Es sollte den Opfern, den Familien von Opfern, Zeugen, Rechtsanwälten und Journalisten, die über Fälle von Menschenrechtsverletzungen durch die Polizei berichtet haben, angemessener und deren Wünschen entsprechender Schutz gewährt werden.
- Opfer und Zeugen von Menschenrechtsverletzungen durch die Polizei sollten in das Opfer- und Zeugenschutzprogramm aufgenommen werden.

Sicherstellung der vollständigen Entschädigung aller Opfer von Menschenrechtsverletzungen

- Die nationale Gesetzgebung sollte dahingehend ergänzt werden, dass sie ausdrücklich die Verantwortung des Staates für Menschenrechtsverletzungen durch Mitglieder der Nationalpolizei und anderer für den Staat Handelnder – soweit sie ihre offiziellen Aufgaben erfüllen oder ihre Befugnisse als Gesetzeshüter ausüben – benennt.
- Die nationale Gesetzgebung sollte weiter dahingehend ergänzt werden, dass sie in Fällen von Menschenrechtsverletzungen nicht nur das Recht auf Entschädigung und Rückgabe, sondern alle Formen von Wiedergutmachung umfasst.
- Es sollte insbesondere die Garantie der vollständigen Entschädigung der Opfer von Folter in der nationalen Gesetzgebung abgesichert werden.
- Es sollte sichergestellt werden, dass Opfer und Familien der Opfer von Menschenrechtsverletzungen durch die Polizei eine vollständige Wiedergutmachung erhalten, die u.a. Rückgabe/Rückerstattung, Schadensersatz, Rehabilitation und die Garantie der Nichtwiederholung umfasst.

Entwicklung und Durchführung einer Polizeireform auf der Grundlage des effektiven Menschenrechtsschutzes

- Es sollte öffentlich der politische Wille bekundet werden, effektive, an Menschenrechten ausgerichtete Polizeireformen einzuleiten und umzusetzen sowie die Ergebnisse der Reformen aufrechtzuerhalten.
- Es sollte eine umfassende präventive Bewertung der Nationalpolizei, etwa durch einen Pool unabhängiger nationaler und internationaler Experten, durchgeführt werden.
- Auf der Grundlage der durchgeführten Bewertung der Nationalpolizei sollten erforderliche Gesetzesänderungen ermittelt und ein entsprechendes einheitliches Gesetz der Nationalpolizei entworfen werden.
- Auf der Grundlage der durchgeführten Bewertung der Nationalpolizei sollte ein umfassendes Programm zu ihrer Reform entworfen werden.
- Die Arbeitsbedingungen aller Polizistinnen und Polizisten sollten verbessert werden.
- Es sollte eine Strategie entwickelt und gefördert werden, das Verhalten, die Überzeugungen, die Haltungen sowie Arbeitsweisen aller Mitglieder der Nationalpolizei zu ändern, so dass die vorherrschende Kultur der Kontrolle und Repression zu einer der Achtung der Menschenrechte werden kann.
- Es sollte ein effektives Beurteilungswesen geschaffen werden, das die Achtung der Menschenrechte



berücksichtigt und sicherstellt, dass Beförderungen das Ergebnis eines solchen Beurteilungsverfahrens sind.

- Es sollte ein System zur Sicherheitsüberprüfung geschaffen werden, um sicherzustellen, dass bei laufenden Ermittlungen Mitglieder der Nationalpolizei, gegen die Beweise schwerer Menschenrechtsverletzungen vorliegen, nicht im aktiven Dienst verbleiben oder auf Posten eingesetzt werden, auf denen sie solche Menschenrechtsverletzungen wiederholen könnten.
- Es sollte die strikte Gesetzestreue bei der Beschäftigung neuer Polizistinnen und Polizisten sichergestellt werden; ebenso sollte gewährleistet werden, dass die Menschenrechtsgeschichte der Kandidaten vor einer Anstellung überprüft wird.
- Es sollte die bürgernahe Polizeiarbeit als generelle Polizeistrategie und nicht nur als eine auf bestimmte Gebiete begrenzte Arbeitsform eingeführt werden.
- Es sollte sichergestellt werden, dass die Nationalpolizei einen Jahresbericht veröffentlicht.

Verbesserung des externen Rechenschaftssystems für die Polizei

- Es sollte unverzüglich ein Ombudsmann eingesetzt werden, wobei sichergestellt werden sollte, dass dieser unabhängig und frei von politischem Druck ist, ein gutes Verständnis des Menschenrechtsschutzes aufweist und nachweislich dafür einsteht, Opfern von Menschenrechtsverletzungen durch Beamte Hilfe zu leisten.
- Der Ombudsmann sollte mit angemessenen Mitteln ausgestattet werden, einschließlich kompetenter und unabhängiger Ermittler; es sollte sichergestellt werden, dass staatliche Stellen, einschließlich der Nationalpolizei, vollständig mit ihm zusammenarbeiten.
- Über die Rolle des Ombudsmannes sowie die Bedeutung der Verantwortlichkeit der Polizei sollte informiert und beraten werden.
- Es sollte gewährleistet werden, dass das Büro des Ombudsmannes Beschwerden über und Missbräuchen durch die Polizei, einschließlich Menschenrechtsverletzungen, aufnimmt und ihnen nachgeht sowie vollständige Akten führt.
- Der Ombudsmann sollte befugt sein, bei Beschwerden über Missbräuche durch die Polizei, einschließlich Menschenrechtsverletzungen, Ermittlungen durchzuführen.
- Es sollte erwogen werden, eine unabhängige Aufsichtsstelle zu schaffen, die Beschwerden über Missbräuche durch die Polizei und Menschenrechtsverletzungen untersucht, wie dies von der dominikanischen Regierung beim Universal Periodic Review der UN akzeptiert wurde.
- Eine unabhängige Aufsichtsstelle sollte mit hinreichenden Befugnissen, Unabhängigkeit von Polizei und Regierung sowie angemessenen Mitteln ausgestattet werden und Kapazitäten besitzen, um transparent zu arbeiten, regelmäßig zu berichten und die Zivilgesellschaft in die eigene Arbeit einzubinden.
- Es sollte gewährleistet werden, dass das Ministerium des Inneren und der Polizei effektiv das Vorgehen und Verhalten der Polizei überwacht und über Anweisungen und Kontrolle sicherstellt, dass alle Tätigkeiten im Einklang mit Recht und geltenden Regularien stehen.
- Es sollte sichergestellt werden, dass der Kongress von seinem Recht Gebrauch macht, den Polizeivorsitzenden sowie den Minister des Inneren zu befragen, den jährlichen Etat festzusetzen und die Nationalpolizei für ihr Verhalten, insbesondere bezüglich der Anzahl von Tötungen und anderen behaupteten Menschenrechtsverletzungen, zur Rechenschaft zu ziehen.



- Es sollte ein effektives System zur statistischen Erfassung mit Blick auf die Einhaltung von Menschenrechtsstandards durch die Nationalpolizei geschaffen werden. Es sollte gewährleistet werden, dass diese Statistiken in Verhaltensvorgaben, Richtlinien und Verordnungen Eingang finden, die darauf abzielen, die Anzahl und Schwere der Menschenrechtsverletzungen im Strafrechtssystem zu mindern.
- Es sollte die Rolle von Menschenrechts-NGOs bei der Überprüfung des Polizeiverhaltens gewürdigt werden; Menschenrechts-NGOs sollten auf Anfrage Information erhalten; die Bedrohung von Menschenrechtsverteidigern sollte verurteilt werden.
- Es sollten bei Menschenrechts-NGOs – auch durch internationale Kooperationen – angemessene Kapazitäten geschaffen werden, um Menschenrechtsverletzungen durch die Polizei zu überwachen, Muster zu analysieren, gut recherchierte Berichte zu erstellen und Strategien zu entwerfen.
- Menschenrechts-NGOs sollten – auch durch internationale Kooperationen – angemessene finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, um ihre Arbeit im Zusammenhang mit der Beratung und dem Rechtsbeistand von Opfern von Menschenrechtsverletzungen zu fördern.
- Es sollte eine klare, öffentliche Botschaft ausgesandt werden, die jeglichen Akt der Einschüchterung von und der körperlichen Aggression gegen Journalisten, die Medien und Menschenrechtsverteidiger, die über polizeiliches Fehlverhalten und Menschenrechtsverletzungen berichten, verurteilt.

Ratifizierung und Umsetzung internationaler Menschenrechtsabkommen

- Das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung oder Strafe sollte ratifiziert und umgesetzt werden.
- Das Internationale Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen sollte unterzeichnet, ratifiziert und umgesetzt werden.
- Die Interamerikanische Konvention zum Verschwindenlassen von Personen sollte unterzeichnet, ratifiziert und umgesetzt werden.

Den vollständigen Bericht "Shut up if you don't want to be killed! Human Rights Violations by the Police in the Dominican Republic" im englischen Original können Sie hier abrufen:

<http://www.amnesty.org/en/library/info/AMR27/002/2011/en>

Sie finden außerdem ein Video zu dem Bericht unter folgendem Link:

<http://www.youtube.com/watch?v=1LdRSIpLGgg>

